



HESSISCHER LANDTAG

15. 09. 2015

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schulen in Hessen profitieren zum Schuljahresbeginn 2015/16 von bundesweit beispielhafter Personalausstattung - Landesregierung packt schwierige gesellschaftliche Herausforderungen mit großer Entschlossenheit und Tatkraft an

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung auch im neuen Schuljahr 2015/16 einen zentralen Schwerpunkt ihrer Regierungsarbeit auf den Bildungssektor legt und als einziges Bundesland in Deutschland die gesamte demografische Rendite über die gesamte Legislaturperiode hindurch ohne Abstriche im Bildungssystem belässt. Trotz rückläufiger Schülerzahlen wird die landesweite Schüler-Lehrer-Relation zum Schuljahresbeginn aufgrund der gleichbleibenden Lehrerstellen nochmals weiter verbessert und die Personalausstattung der Schulen auf einen neuen landesweiten Höchststand geführt. Im laufenden Haushaltsjahr investiert die hessische Landesregierung für eine optimale Ausbildung der gegenwärtigen und kommenden Schülergenerationen trotz des notwendigen Konsolidierungskurses zum Einhalten der Schuldenbremse so viel Geld in die Bildungspolitik wie nie zuvor in der Geschichte unseres Bundeslandes.
2. Der Landtag begrüßt, dass die hessische Landesregierung auf die Herausforderung der Flüchtlingskrise auch im Kultusbereich mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Beschulung von Zuwanderer- und Flüchtlingskindern reagiert hat. Allein zum laufenden Schuljahr 2015/16 hat das Land mehr als 100 zusätzliche Intensivklassen eingerichtet und deren Zahl an den allgemeinbildenden Schulen dadurch auf insgesamt 399 ausgebaut. Die Zahl der Lehrerstellen für Deutschfördermaßnahmen wurde um 210 Stellen auf nunmehr 1.280 ausgebaut und folglich in den zurückliegenden 15 Jahren mehr als verdreifacht. Mit dem Programm "Integration und Abschluss" (InteA) zur Sprachförderung und allgemeinen und beruflichen Bildung für junge Flüchtlinge, Spätaussiedler und Zuwanderer in beruflichen Schulen hat die hessische Landesregierung zudem ein zukunftsfähiges Programm aufgelegt, das bestehende Angebotslücken bei der Beschulung von Ausländern schließt und die Beschulung von Seiteneinsteigern in das Schulsystem zwischen 16 und 18 Jahren ermöglicht. Gleichzeitig ist sich der Landtag bewusst, dass angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen weitere Anstrengungen notwendig sind.
3. Der Landtag begrüßt, dass zum Schuljahr 2015/16 in den sechs Pilotregionen der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Gießen und Bergstraße sowie der Städte Darmstadt, Frankfurt und Kassel mit dem Pakt für den Nachmittag das größte Ganztagsprogramm in der Geschichte des Landes seinen Ausgang nimmt. Ziel der von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragenen Landesregierung ist es, entlang der Leitlinien Freiwilligkeit, Angebotsvielfalt und Bedarfsgerechtigkeit bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode sukzessive eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr sicherzustellen und unter Einbeziehung der Kommunen sowie im intensiven Dialog mit den Beteiligten vor Ort erstmals die bestehenden Ganztags- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder zu verzahnen. Alleine im laufenden Schuljahr stellt die Landesregierung für den Ausbau des Ganztags schulprogramms 230 zusätzliche und damit insgesamt 1.961 Lehrerstellen zur Verfügung.
4. Der Landtag begrüßt, dass durch die Ausweisung fünf weiterer "Modellregionen inklusive Bildung" sowie durch eine Erhöhung der sonderpädagogischen Unterstützung durch den Einsatz von Förderschullehrkräften an allgemeinen Schulen auf rund 2.000 Stellen das Vorhaben des Koalitionsvertrages entschlossen umgesetzt wird, die Voraussetzungen für die inklusive Beschulung insbesondere im Grundschulbereich so weit zu verbessern, dass möglichst kein Elternwunsch auf inklusive Beschulung mehr abschlägig beschieden werden muss und auf der Grundlage von Vereinbarungen mit möglichst allen Schulträ-

gern die Ressourcen insbesondere der Förderschule für Lernhilfe sowie für emotionale und soziale Entwicklung gemäß dem Elternwillen für die inklusive Beschulung an der allgemeinen Schule und an der Förderschule zur Verfügung gestellt werden können.

5. Der Landtag begrüßt die mit der Umsetzung des Programmes “Praxis und Schule“ (PuSch) zum einsetzenden Schuljahr einhergehende Optimierung der Präventionsmaßnahmen zur Verringerung der Schulabbrecher und die Fortsetzung des hessischen Erfolgsweges der besonderen Förderung abschlussgefährdeter und schulmüder Jugendlicher in der Tradition der erfolgreichen SchuB-Klassen. Durch die Aufstockung der ESF-Mittel aus dem Landeshaushalt können die betreffenden Schülerinnen und Schüler an 46 allgemeinen und 46 beruflichen Schulen auf der Grundlage von kleinen Lerngruppen, projektorientiertem Unterricht, Praxistagen in Betrieben und sozialpädagogischer Begleitung zum Hauptschulabschluss geführt und auf den Beruf vorbereitet werden.
6. Der Landtag begrüßt, dass das hessische Kultusministerium zum laufenden Schuljahr bei der Stellenzuweisung eine gezielte Schwerpunktsetzung vornimmt, um auf die vielfältigen gesellschaftlichen Aufgaben wie die Bewältigung der anhaltenden Flüchtlingskrise oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angemessen zu reagieren. Im Sinne einer gerechten, ausgewogenen und effizienten Ressourcenzuteilung werden durch eine maßvolle Stellenumlenkung in besonderem Maße die Sprachförderung für Flüchtlinge, die Ausweitung der Ganztagsangebote, der Ausbau der inklusiven Beschulung und die sozial indizierte Lehrerstellenzuweisung für Brennpunktschulen gefördert. Der Landtag stellt ausdrücklich fest, dass ungeachtet der umfangreichen Maßnahmen als unerlässliche Reaktion auf außerordentliche Herausforderungen auch für alle anderen Schülerinnen und Schüler an den weit über die Vorgaben der KMK-Standards ausgestatteten Schulen nicht eine einzige Stunde weniger Pflichtunterricht erteilt wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15. September 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn